

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts-  
Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III  
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Angst vor der Einigkeit der Arbeiter. — Etwas das uns auch angeht. — Aus dem Verbandsleben. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Betriebsgewinne der Textil-Actiengesellschaften. — Aus der Textilindustrie. — Fragen des Arbeitsvertrages. — Zur Lebensmittelversorgung. — Zur Erwerbslosenfürsorge. — Für unsere Frauen. — Vermischtes. — Berichte aus Sachreisen. — Aus der Seilerbewegung. — Literatur. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsstück: Die Entstehung und Entwicklung der Wollenzugfabrikation in Sera, A.

Die Mehrheit, so entsprechen diese Grundlagen nicht mehr dem Rechtsempfinden des Volkes und müssen Grundlagen weichen, die dem Rechtsempfinden des Volkes entsprechen.

Soviel zu dem Graulichmachen vor den Rezepten des demokratischen Radikalismus. Oberster Grundsatz eines Staatswesens muß sein, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung Licht und Schatten gleichmäßig auf alle Einwohner zu verteilen. Wie wenig davon im kapitalistischen Staatswesen die Rede ist, hat diese Kriegszeit mit den Miesenkriegsgewinnen auf der einen Seite und mit der Notlage des werktätigen Volkes auf der anderen Seite bewiesen. Der unerhörte Lebensmittelpreisanstieg, der nur im kapitalistischen Staatswesen möglich ist, weil die Möglichkeit der Erraffung hoher Gewinne ja eben die wirtschaftliche Grundlage dieses Staatswesens darstellt, hat gerade während des Krieges das ganze werktätige Volk, soweit es dazu fähig ist, zum Nachdenken aufgerüttelt, und ihm hoffentlich in großem Umfange die Erkenntnis beigebracht, daß nur einheitliches Wirken der Arbeiterklasse und der unteren Beamten eine wohlthuende Besserung herbeiführen kann.

In der genannten Korrespondenz werden dann erörtert die Aussichten, die für ein solches einheitliches Wirken der gesamten werktätigen Bevölkerung bestehen. Es wird da gesagt:

„Die Versuche zu einer Annäherung der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen waren bis zum Kriege nur insofern erfolgreich, als die bürgerlichen und sozialistischen Organisationen in gesetzgeberischen Fragen, die die gesteigerte sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiter betrafen, in der Regel an denselben Strang zogen. Eine grundsätzliche Verständigung über eine einheitliche Taktik erwies sich dagegen als unerreichbar, da die im sozialdemokratischen Banne befindlichen freien Gewerkschaften aus ihrer Feindschaft gegen das ganze kapitalistische System und die bürgerliche Staatsordnung kein Fehl machten. Die politischen und religiösen Momente schufen eine Kluft, über die auch die erhofften praktischen Vorteile des Zusammengehens nicht hinweghelfen konnten.“

Die große Mehrheit der Sozialdemokratie und vor allem die gewerkschaftlichen Arbeiter haben aber in der Entscheidung vom 4. August zu den Pflichten der Verteidigung des Vaterlandes sich rückhaltlos bekannt, und ihr weiteres Verhalten während des Krieges läßt hoffen, daß sie an den Aufgaben der bestehenden Wirtschaftsverfassung positiv mitzuarbeiten geneigt sind.

Durch diese Stellungnahme und die äußere Verwischung der parteipolitischen Gegensätze unter dem zusammenfassenden Drucke der Kriegsgefahr sind die Gewerkschaften, zu welcher politischen Partei ihre Mitglieder auch gehören mögen, in die Front der Staatsbürger mit gleichen Grundanschauungen eingerückt. Der Gedanke ist unter solchen Umständen naheliegend, daß der günstige Zeitpunkt erfaßt werden müsse, jene bisher vergeblich angestrebte Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Organisationen unter eine einheitliche Leitung zu bringen. Auf das Ziel der Einheitsgewerkschaft wird in Zukunft mit erhöhtem Eifer hingearbeitet werden. Allerdings ist es wenig wahrscheinlich, daß der anscheinend fest vorgezeichnete Weg in schnellen Schritten sich wird zurücklegen lassen. Vielleicht werden gerade infolge des Krieges die Stimmungen der gewerkschaftlichen Arbeiter für ein einseitiges Geltendmachen von Klasseninteressen gegenüber den „kapitalistischen“ Unternehmern und der staatlichen Autorität viel weniger ausgeprägt sein als vor dem Kriege. Die Schlagworte Kapitalismus und Militarismus haben in dem Schmelztiegel der gewaltigen Eindrücke gemeinsamen Ringens aller Berufsstände ihren ehemals aufreizenden Charakter auch in den Augen der deutschen Arbeiter wesentlich eingebüßt. (Na, na!)

In einem sozialdemokratischen Provinzialblatt werden von einem Gewerkschaftsführer die Schwierigkeiten, die einer Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft entgegenstehen, durchaus anerkannt. Diese Einheit soll daher einstweilen noch ein Ideal bleiben, das nur die Richtung für die weiteren Bestrebungen der Gewerkschaftsarbeit bezeichnet. Nichtsdestoweniger soll jedoch eine Verständigung über sozialpolitische Forderungen und gemeinsame Lohnbewegungen der zukünftigen Einigung vorgearbeitet werden. Wie diese zunächst ins Auge gefaßte lose Gemeinschaft die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern beeinflussen wird, dürfte von der Zügelung der radikalen Elemente innerhalb der gewerkschaftlichen Koalition abhängen. Auf ein freiwilliges Maßhalten der gewerkschaftlichen Oberbefehlshaber sollte man nach manchen Neußerungen aus neuester Zeit freilich sich nicht verlassen.

Dazu bemerkt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ noch:

„Bei Lohnbewegungen und sozialpolitischen Forderungen haben die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften schon oft an einem Strang gezogen. Das wäre also nichts Neues! Ob diese gelegentliche Bundesgenossenschaft, die freilich bei anderer Gelegenheit erbitterter Feindschaft Platz zu machen pflegte, in Zukunft zu einer festeren Verbrüderung führen kann und wird, muß für den Augenblick dahingestellt bleiben. Die Arbeitgeber werden jedenfalls aus solchen Betrachtungen die Lehre zu entnehmen haben, daß sie auch ihrerseits eine geschlossene Front bilden müssen, um bei kommenden Verhandlungen und Auseinandersetzungen ein gleiches Gewicht in die Waagschale werfen zu können.“

Wir hoffen zuversichtlich, daß die frühere erbitterte Feindschaft zwischen den Organisationsgruppen der verschiedenen Richtungen weichen wird dem Zwange, die Macht zu schaffen, die nötig ist, um den Kampf zwischen Arbeitslohn und Kapitalrente zu einem siegreichen für den ersteren zu gestalten. Das Renten- und Dividendenkapital erhofft ja etwas anderes; es erhofft, daß die Wirren in der sozialdemokratischen Partei auch zersekend und schwächend wirken werden bei den Gewerkschaften. In der „Berliner Börsen-Zeitung“ lesen wir darüber:

„Allen Bemühungen der Generalkommission zum Trost hat der Parteistreit auch auf die Gewerkschaften übergreifen. Von den Gewerkschaftsblättern treiben die Organe der Rürschner, der Handlungsgelhilfen und der Schuhmacher, letzteres unter Leitung des der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Reichstagsabgeordneten Bod, offene Agitation für die sozialdemokratische Minderheit, während einige andere, die sich vom Parteistreit fernhalten, doch ab und zu durchblicken lassen, daß sie nicht in allen Punkten auf dem Boden der Mehrheit stehen. Bedenkt man, daß wieder andere, vor allem der „Grundstein“, das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die Politik der Reichstagsmehrheit bis in ihre letzten Konsequenzen verteidigen, so hat man eine Vorstellung davon, wie sehr auch die Gewerkschaften von dem Streit in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Zu einer Spaltung der Gewerkschaften dürfte es trotzdem nicht kommen, weil die Mitglieder durch die Unterstützungseinrichtungen zu eng an ihre Verbände gefesselt sind. Wohl aber wird man mit der Aufspaltung einer Anzahl unzufriedener Elemente rechnen müssen, die schon jetzt im anarchoyndikalistischen Fahrwasser segeln. Die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, die seit Jahren zur Dorn in der Fleisch werden und nur noch ein bescheidenes Dasein im Verborgenen führten, werden zu neuem Leben erwachen. Auf der anderen Seite werden die freien Gewerkschaften auch mit dem Austritt zahlreicher gleichgültiger Elemente zu rechnen haben, die nur den geeigneten Moment abwarten, um sich vom Beitragzahlen zu drücken. Die Folge wird sein, daß die freien Gewerkschaften geschwächt werden und daß unsere wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland wieder einen anderen Charakter annehmen.“

Unsere Mitglieder erleben aus diesen Ausführungen, daß die Unternehmer auch sehr richtig erkennen, daß der Streit in der Arbeiterbewegung organisationszerstörend wirkt und daß sie schon auf eine Schwächung der Gewerkschaften spekulieren. Diese Spekulation der Ausnützer der Arbeiteruneinigkeit müssen wir zuschanden machen, eingedenk des Wortes: Nur Eintracht nährt, Zwiebracht verzehrt!

## Etwas das uns auch angeht.

Der Eintritt Rumäniens in den Krieg und damit die in den herrschenden Kreisen der Entente-Länder erwartete Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten hat den Eroberungspolitikern jenseits der Grenzen die Ansicht aufgebrängt, daß sich die Ententeregierungen nun schnell verständigen müßten, um das Fell des Bären zu teilen. Es ist ja inzwischen schon reichlich Wasser in den schäumenden Wein der Eroberungspolitik gegossen worden. Mit der Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten geht es durchaus nicht so, wie es sich die Eroberungsstrategen an der Seine und an der Themse ausgemalt hatten, immerhin aber ist es für uns deutsche Arbeiter nicht uninteressant, zu sehen, wie wir nach einer Niederlage Deutschlands von den Regierungen der Kapitalisten Englands und Frankreichs, in Verbindung mit der des „Brüderchens“ Zar, befreit und beglückt werden sollen.

Die Septemberrnummer der Londoner „National Review“, also eine englische Zeitschrift allerneuesten Datums, enthält einen Aufsatz, in dem die Verbandsmächte aufgefordert werden, ohne Verzug über die Friedensbedingungen Beschluß zu fassen, die sie vom Feinde, also von Deutschland und seinen Verbündeten, erzwingen wollen. Es wird dann den Verbandsmächten auseinandergesetzt, wie das

## Angst vor der Einigkeit der Arbeiter.

Wir berichteten vor einigen Wochen über eine Versammlung in Königsberg, in welcher der Genosse Legien gesprochen hatte. Legien hatte in jener Versammlung Mitteilung gemacht von einer zwischen ihm und dem Reichskanzler stattgefundenen Unterredung, in welcher der Reichskanzler die Frage an Legien gerichtet hatte, ob es nach dem Kriege möglich sein werde, in Deutschland zu einer Zusammenfassung aller Gewerkschaften in eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu kommen.

Die Unternehmer scheint diese Frage des Reichskanzlers sehr erschreckt zu haben. Ihr Streben war doch bisher darauf gerichtet, die Arbeiter in verschiedene gewerkschaftliche Lager zu spalten, dann gegeneinander zu hetzen und dadurch beherrschen zu können. Und nun kommt mit einmal der Reichskanzler und bezeugt ein Interesse dafür, die deutschen Arbeiter alle in einer Gewerkschaftsbewegung vereint zu sehen. Da sträuben sich bei den Scharfmachern die Haare! Man setzt sich schleunigst hin und überlegt, bringt es dann auch zu Papier, was für eine Gefahr für das Dividendenkapital entstehen würde, wenn die Arbeiter einig würden. Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ hat auch zu der Sache Stellung genommen, und es wäre ein großer Fehler der Arbeiterpresse, wenn sie unterließe, bekanntzugeben, welche Wirkung für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse, nach Ansicht der Unternehmer, ausgelöst würde durch die Einigkeit der Arbeiter, gleichviel, welcher religiösen oder politischen Anschauung sie sind. Die genannte volkswirtschaftliche Korrespondenz schreibt:

„Der einheitliche Aufmarsch aller gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ist ein Gedanke, dem sozialdemokratische Gewerkschaftsführer und bürgerliche Sozialreformer seit langem nachgegangen sind. Der Gedanke ist vom Standpunkt einer demokratisch-sozialistischen Vorkherrschaft über Staat und Gesellschaft zu verlockend, um mit ihm nicht wenigstens in theoretischen Auslassungen gelegentlich zu liebäugeln. Denn wenn der großartige Plan sich verwirklichen läßt, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft in geschlossener Einheit mit bestimmten Forderungen auftritt, so gewinnt dadurch ihr Machtwill eine ganz außerordentliche Kräftigung. Die folgerichtige Entwicklung würde solchenfalls binnen kurzem dahin führen, daß auch die bereits vorhandenen starken gewerkschaftlichen Richtungen unter den Angestellten und unteren Beamten mit dem ungeteilten Millionenheer der Arbeitergemeinsame Sache machen. Durch ein derartiges Zusammenballen riesenhafter Massen unter Führung ehrgeiziger und machtlüsterner Tribunen könnte ein unerträglich Druck auf alle Parteien ausgeübt werden, die eine Umbildung unserer staatlichen und sozialen Einrichtungen nach den Rezepten des demokratischen Radikalismus als ein fürchtbares Verhängnis für die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staatswesens ansehen müssen.“

Natürlich würde es, wenn es, wie wir hoffen und wünschen, zu einer solchen einheitlichen organisatorischen Machtentwicklung und Machtwirkung des ganzen werktätigen deutschen Volkes in Werkstätten, Arbeitsplätzen und Kontoren käme, zu keiner Auslösung eines fürchtbaren Verhängnisses für die Menschheit kommen, sondern zu einer fruchtbareren Förderung des Allgemeininteresses. Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des kapitalistischen Staates, d. h. die politische und wirtschaftliche Privilegienwirtschaft zugunsten einer Handvoll Kapitalisten und zum schweren Nachteil des ganzen werktätigen Volkes, würden dann freilich bald den Grundlagen politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung weichen müssen. Aber ein Verhängnis für das deutsche Volk wäre das doch keineswegs. Die Einwohner Deutschlands sind doch nicht da der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staatswesens wegen, sondern umgekehrt, die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staatswesens sind da der Einwohner wegen. Und wenn diese Grundlagen des Staatswesens nicht alle Einwohner wirtschaftlich und politisch gleichberechtigt existieren lassen, wenn sie wenige bevorzugen, bereichern und mit größeren politischen Rechten ausstatten als

Jell verteilt werden müsse. Uns interessiert ja wohl in erster Linie, was aus Deutschland werden wird. Und da muß denn gesagt werden, daß uns natürlich am liebsten zugesetzt werden soll.

Es wird hierüber in dem Aufsatz das Folgende gesagt:

Was nun den wichtigsten Punkt, die Bestrafung Deutschlands, betrifft, so werden wir den Gunnen unserer Willen aufzwingen, indem wir ihren Fürsten, Politikern und Soldaten, deren Wort wertlos ist, die Bedingungen diktieren. Die Leiter der deutschen öffentlichen Meinung, die das Volk beeinflussen, wollen ja ohnehin keinen Vertrag als bindend anerkennen. Großmut wäre daher bei einem so anmaßenden und niederträchtigen Volk wie den Preußen nicht am Platze. Vielleicht wird es sich nicht gerade als absolute Notwendigkeit herausstellen, Deutschland vollständig zu zerstören, gleichwohl aber sollte das „gebändigte Deutschland“ doch die allgemeine Richtschnur für unsere Bemühungen im Felde wie bei den dem Besiegten aufzubürdenden Friedensbedingungen bilden. Deutschlands Kolonien werden unter den Mächten, die sie erobert haben, aufgeteilt werden. Belgien muß wiederhergestellt werden und nach Osten einige Meilen Gebietszuwachs erhalten. Auch muß Aachen und sein prächtig gedeihendes Nachbargebiet zeitweise dem belgischen Königreich einverleibt werden, mag aber an Deutschland zurückfallen, wenn die den Deutschen auferlegte Entschädigung rechtzeitig bezahlt wird. Das Großherzogtum Luxemburg, dieser Anachronismus, müßte dem belgischen Königreich einverleibt werden, jedoch könnte es gewisse selbständige Rechte und aus der deutschen Kriegsentschädigung einen Teil erhalten, nämlich 10 Millionen Pfund (= 200 Millionen Mark). Ferner sollte ihm wieder das Recht verliehen werden, Festungen zu errichten. Im übrigen muß, was die Kriegsentschädigung betrifft, Deutschland an Belgien 100 Millionen Pfund (= 2000 Millionen Mark) als Strafe wegen Vertragsbruchs zahlen und weitere 500 Millionen Pfund (= 10 000 Millionen Mark) zum Ausgleich für alle an Leben, Gesundheit, öffentlichem und privatem Eigentum zugefügten Schäden. Entsprechende Entschädigungen hat Deutschland selbstverständlich an Großbritannien, Frankreich und Rußland zu entrichten. Elsaß-Lothringen kommt an Frankreich zurück, dazu das Saartal sowie Trier nebst Umgebung. Welche Entschädigung die Franzosen im übrigen verlangen, müssen sie noch sagen. Ganz Preußisch-Polen wird Russisch-Polen einverleibt, also sowohl die Provinz Posen wie ein Teil Westpreußens fallen an Rußland, und eine Grenzberichtigung auf Kosten von Ostpreußen tritt ein (rechtes Memelufer und Zugang zu den masurenischen Seen). Ferner hat Deutschland seinen ganzen Flottenbestand auszuliefern, Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer sowie Unterseeboote und ferner Handelschiffe als Ersatz für die von ihm gegen das Völkerrecht versenkten Schiffe. In Betracht kommt ferner die Uebergabe von Handelschiffen als Ausgleich für die der neutralen Schifffahrt ungeschädigt zugefügten Schäden. Alle gekaperten deutschen Handelschiffe bleiben Eigentum der Verbandsmächte. Was die Entwaffnung der militärischen Landmacht Deutschlands betrifft, so muß dem Feind so viel Kriegsmaterial genommen werden, daß keine deutsche Armee von mehr als etwa einer halben Million Mann aufgestellt werden kann. Das bedeutet also unter anderem die Wegnahme von einigen Tausend Geschützen, einigen Millionen Gewehren, einer entsprechenden Zahl Maschinengewehre, Flugzeuge usw. Ueber die genauen Summen müssen wir zur Zeit der Friedensverhandlungen schon Beschluß gefaßt haben. Hinsichtlich des Kieler Kanals kann man sich mit einer Internationalisierung oder Neutralisierung nicht begnügen, da ja ein „Szek“ Papier, wenn man es mit einem Staat wie Deutschland zu tun hat, wertlos ist. Es käme wohl die vorübergehende Besetzung Kiels durch internationale Truppen in Frage. Die Bestrafung Deutschlands für seine Missetaten — zum Beispiel an Miß Cabell und Kapitän Frigate — wird am zweckmäßigsten in der Weise stattfinden, daß einigeneuzeitliche deutsche Paläste und das Gebäude des Generalstabs in Berlin angezündet werden. Auch die Zerstörung der großen Kölner Rheinbrücke, oder des Kieler Kanals sind

Widervergeltungsmaßregeln, die hier in Betracht kommen.

Um die Ausführung dieser Bedingungen zu erzwingen, sind größere Teile Deutschlands so lange zu besetzen, bis alle Verpflichtungen erfüllt sind. Es kommt hier namentlich die Industriegegend in den rheinischen Provinzen und nördlich der Eifel in Betracht, ferner die Pfalz und Schlesien, vielleicht auch Königsberg und Danzig. Gebiete westlich des Rheins, die deutschen Nordseeinseln und die Elbmündung. Wir müssen ferner erwägen, ob wir das Deutsche Reich durch Aufteilung in seine einzelnen Teile zerstören sollen. Die Regierungen der Verbandsmächte sollten es der Welt klar machen, daß sie zu solchen äußersten Maßregeln greifen, wenn die deutsche Regierung nicht um Frieden bittet, sobald die Verbandsstruppen sich innerhalb der Grenzen Deutschlands befinden.

Frankreich und Rußland dürften nicht weniger als England entschlossen sein, einen Frieden unter den angegebenen Bedingungen zu erzwingen, und dieser Auffassung muß Italien beitreten. Ein geheimer Vertrag muß unverzüglich zwischen den fünf Regierungen abgeschlossen werden mit genaue Inhalt über diese dem Feind aufzuzwingenden Friedensbedingungen. Gewisse äußerste Maßregeln, wie die Wegnahme des gesamten deutschen Eigentums im Gebiet jeder Verbandsmacht, können noch in Reserve gehalten werden.

Die Bevölkerung der mit Deutschland verbündeten Staaten sollte darüber aufgeklärt werden, daß, wenn ihre Regierungen sich jetzt zum Frieden bereit finden, ihre Lage unvergleichlich besser sein wird, als wenn sie den weiteren Kampf wählen, denn in keinem dieser Länder ist der Krieg volkstümlich. Zwar müssen und werden auch sie leiden, aber ihr Fall unterscheidet sich doch stark von dem Deutschlands.

Es gibt also in allen Ländern Leute, die in Sachen der Eroberungspolitik den Mund gewaltig voll nehmen. Zu behaupten ist nur, daß durch solche wahnsinnigen Friedensbedingungen die Völker immer wieder von neuem erschreckt und in neue Verheerungen des Krieges hineingetrieben werden, anstatt endlich aus dieser Hölle erlöst zu werden. Die Völker müßten endlich soviel Macht aufbringen, daß sie es durchsetzen, solche Eroberungsmäulhelden sofort nach dem Publizieren solcher wahnsinniger Eroberungsideen hinauszuweisen an die Front, in den Kugelregen, wo er am dichtesten ist. Dann dürften diese Helden bald verstummen.

Um so lauter müßten dafür die Arbeiter bekennen: „Wir werden niemals zulassen, daß unser Land vergewaltigt werde, aber auch nicht, daß andere Völker von uns vergewaltigt werden.“

### Aus dem Verbandsleben. Kriegswirkungen.

Die Wirkungen des Krieges auf unseren Verband zeigen sich in ganz verschiedener Art. Durch die Einziehung zum Seeresdienst haben wir Zehntausende von Mitgliedern entzogen bekommen und andere Tausende sind übergegangen zu anderen Berufen, wobei leider in vielen Fällen vergessen wurde, der Organisation treu zu bleiben, um die Kraft zu erhalten, die nötig ist, um die Interessen der deutschen Textilarbeiter beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wirksam zu vertreten. Wir werden demnach in einzelnen nachweisen, daß nach dem Kriege die Verhältnisse gar nicht so rosig liegen werden, als wie sie bisher von vielen Arbeitern angesehen wurden. Es werden nach dem Kriege starke Gewerkschaften nötig sein, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu sichern. Denn wehe den Arbeitern, die nach dem Kriege nicht organisatorisch stark genug sind, um ihre Lebenshaltung zu sichern. Sie werden auf Jahrzehnte hinaus in überaus ungünstige Verhältnisse gedrängt werden.

Nun hat aber in der Regel eine Wirkung die andere zur Folge. Durch den Massenentzug der Mitglieder entzieht man dem Verband natürlich auch die vielen kleinen Quellkanäle für den lebendigen Strom der Organisation, die finanzielle Kraft. Das ist doppelt nachteilig, weil die Arbeitslosigkeit beträchtliche Unterstützungssummen fortlaufend erfordert; also an dieser finanziellen Kraft zehrt.

Um so mehr müssen dann freilich die Mitglieder, die nicht vom Seeresdienst erfasst werden, dafür sorgen, daß nicht auch

sie zu den kleinen Quellkanälen gehören, die zur Spendung finanzieller Kraft beitragen. Es sieht darin schon schlimm genug aus. Im 2. Quartal 1913 hatte der Verband seine höchste jemals erreichte Einnahme aus dem Markenverkauf. Stellen wir diesen Markenverkauf gegenüber dem Markenverkauf im 1. Quartal 1916, so wird der Vergleich wohl jedem Mitglied, dem eine bessere Zukunft der deutschen Textilarbeiterschaft am Herzen liegt, zu der Erkenntnis bringen, daß kein Quellkanälchen der Beitragszahlung mehr verstopft werden darf. Die Gegenüberstellung ergibt folgendes Bild. Es wurden verkauft:

	Marken 10 er	20 er	30 er	40 er
2. Quartal 1913	2,40	6658,80	165 049,20	248 722,80
1. " 1916	—	626,40	71 609,40	61 504,40
Verlust	—	6 032,40	93 439,80	187 218,40

  

	Marken 50 er	60 er	Totalzuschläge	Neuaufnahmen
2. Quartal 1913	121 986,—	88 199,40	44 108,80	4 279,50
1. " 1916	30 958,50	27 487,20	19 895,08	786,50
Verlust	90 977,50	60 712,20	24 213,22	3 493,—

Weniger Einnahmen zusammen Mk. 466 088,92 oder 68 Proz.

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie nötig es war, in Bamberg für eine geregelte Beitragszahlung zu sorgen; und zwar dergestalt, daß alle Mitglieder, die Einnahmen haben, auch regelmäßig Beiträge zahlen. Die Gegenüberstellung zeigt aber auch, wie nötig es ist, daß dem Bamberger Verlangen überall nachgekommen wird.

### Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

#### Steuerungszulagen in den Krefelder Stoffwebereien.

Der Geschäftsstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes und der des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter ist seitens des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie, Herrn Dr. Holstein-Krefeld, mitgeteilt worden, daß auf Grund ihrer Eingaben vom 17. v. M. die Mitglieder genannten Verbandes beschließen haben, den in ihren Betrieben Beschäftigten untenstehende Steuerungszulage zu gewähren. Die Zahlungen verstehen sich monatlich und sollen erstmalig am 1. Oktober für den Monat September zur Auszahlung kommen. Die vom Arbeitgeberverband geplante statistische Erhebung über die Bedürftigkeit unter ihren Arbeitern wurde auf Vorschlag des Vertreters des erstgenannten Verbandes diesmal unterlassen und allen Arbeitern und Arbeiterinnen diese Zulage gewährt, obwohl die Arbeitgeber heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Gewährung von Steuerungszulagen an einzelne besonders bedürftige Arbeiter empfehlenswerter sei. Änderungen der Scala bleiben den einzelnen Arbeitgebern vorbehalten. Aus diesen Vorgängen sollten die Beschäftigten in den Stoffwebereien die Lehre ziehen, ihre wirtschaftlichen Interessen immer solche großen wirtschaftlichen Faktoren anzuvertrauen durch Beitritt zu denselben, und kleine, vor einem Jahrzehnt vorgekommene Unstimmigkeiten zu vergessen und der großen organisatorischen Einheit unterzuordnen. Schon jetzt, während des Krieges, sollten die Beitrittserklärungen an die Verbände ergehen.

#### Wider rufliche Kriegsbeihilfe.

Verheiratete Männer	10 Mk. monatlich
Unverheiratete Männer	8 " "
Mutterweber im Wochenlohn	8 " "
Verheiratete Frauen im Afford	8 " "
Pflichter	5 " "
Frauen u. Mädchen im Wochenlohn	5 " "
Mädchen im Afford	5 " "
Lehrlinge und Jugendliche	3 " "

Die Zuwendungen verstehen sich für den vollausgearbeiteten Monat. Bei freiwilligem Austritt innerhalb des Monats fällt die Zuwendung fort. Eine Krankenkassenpflicht für diesen Betrag besteht nicht. Den Empfängern von Kriegsunterstützung kann obige Beihilfe nur in anderer Form gewährt werden.

#### Erfolgreiche Lohnbewegung in Sommerfeld.

Die Lohnverhältnisse in den drei Betrieben der Tuchfabrik Bernhard Secht lagen in letzter Zeit sehr im argen. Der niedrige Lohn war bedingt durch sehr minderwertiges Material. Da die Klagen der bei der Firma beschäftigten Arbeiter sich immer mehr häuften, sahen sich die Leitungen

Die Affordlohnberechnung für Weber und Weberinnen beruht noch auf derselben Grundlage wie die für den früheren Handwebstuhl. Es wird verwebter Schuß bezahlt. Sämtliche Lohnsätze im Mindestlohnstarif verstehen sich für 100 Zahlen metrisch Einschlag für fertige Rohwarenlänge, die Schußzahlen berechnen sich: Blattbreite mal Schußdicke mal fertige Rohwarenlänge.

Es sind Bestrebungen im Gange, den sehr komplizierten Mindestlohnstarif zu vereinfachen.

Die Verbesserungen im Arbeits- und Lohnverhältnis, wie sie durch Drängen des Deutschen Textilarbeiterverbandes im letzten Jahrzehnt zustande gekommen sind, müßten, die Kämpfe, die hierfür stattgefunden haben, kann ich wohl übergehen, denn sie sind noch in aller Erinnerung.

Wir haben uns für die Folgezeit der Entwicklung einzurichten. Allmonatlich beantworten unsere Vertrauensleute aus den Webereien, wieviele Webstühle besetzt und wieviele leer sind. Da finden wir, daß auch bei „günstigen“ Konjunkturen zirka 30 Proz. unbesetzt bleiben. Jedenfalls wird die weitere Entwicklung dahin treiben, daß neue Fabriken nicht entstehen dürfen und weitere Webstühle nicht gestellt werden.

In der Stückerfärberei hat man keine Konkurrenz zu befürchten; es ist ausgeschlossen, daß neue Färbereien entstehen können. Die vereinigten Färbereibesitzer haben in der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien eine einzige große Aktiengesellschaft. Es besteht strenge Kontrolle, daß die mit den Webfabrikanten getroffenen Preisvereinbarungen auch eingehalten werden müssen. So „lohnt sich das Geschäft“.

Auch die Webfabrikanten wollen das Geschäft lohnender gestalten und sind auf dem besten Wege dazu durch die Kartellverträge mit anderen Textilunternehmerorganisationen und durch die Vorarbeiten für die Errichtung von Aktiengesellschaften.

## Die Entfaltung und Entwicklung der Wollenzugfabrikation in Gera, R.

Von Alban Bretschneider-Gera.

### VI.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse nach Ablösung des Handwebstuhles in den Geraer mechanischen Webereien.

Wenn an Handwebstühlen die Arbeitszeit bis nachts nach 10 Uhr währte, so war sie im Fabrikbetrieb — bis 8 Uhr — schon eine Einschränkung, die aber teils wieder aufgehoben wurde, indem — Morgenstunde hat Gold im Munde — im Fabrikbetrieb die Arbeit frühzeitig begann. Die übliche Arbeitszeit war mehr als 12 Stunden täglich, auch Sonnabends.

Weniger als zwölfstündige Arbeitszeit wollten die Fabrikanten nicht zulassen. Die große Aussperrung im Jahre 1890 hatte in der Hauptsache ihre Ursachen in der Forderung kürzerer Arbeitszeit.

Im Situationsbericht aus den Geraer Webereien für den ersten deutschen Textilarbeiterkongreß (Ostern 1891 in Pößneck) ist vermerkt:

„Die Arbeitszeit beträgt elf bis zwölf Stunden, nur ausnahmsweise zehn Stunden; die Löhne sind in den letzten Jahren ganz beträchtlich gesunken. Wenn einzelne Weber und Weberinnen noch annähernd so viel verdienen sollten als früher, so geschieht dies durch gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Während früher bei vielen Artikeln der Weber nur einen Stuhl hatte, muß derselbe jetzt bei denselben Artikeln zwei Stühle besorgen, ohne so viel zu verdienen wie früher bei einem Stuhl. Die Fabrikordnung ist sehr streng, trotzdem werden in sehr vielen Fabriken außerdem noch eine Anzahl von Anschlägen gemacht, welche

die Arbeiter bei der geringsten Unregelmäßigkeit mit Strafe bedrohen. Die Lohnzahlung ist eine vierzehntägige.“

Im Jahre 1902 gewährten die vereinigten Webfabrikanten die zehnstündige Arbeitszeit — auf dem Papier. Es war die Klausel eingeschoben, daß während der je halbstündigen Frühstück- und Vesperpause die Maschinen in Gang bleiben könnten.

Seit 1902 besteht die eineinhalbstündige Mittagspause. Nach und nach übten die in Affordlohn Beschäftigten starke Kontrolle, daß die vorgeschriebenen Frühstück- und Vesperpausen streng eingehalten werden müßten; die Folge war, daß diese Pausen um die Hälfte ihrer Dauer verkürzt wurden. Anfang und Ende derselben wird durch Signale bekanntgegeben. Seit Anfang 1906 hat man den Zehnstundentag.

Am 1. Januar 1910 ist eine neue Gewerbeordnungsnovelle in Kraft getreten, der zufolge Arbeiterinnen an den Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen nur bis 8 Stunden beschäftigt werden durften, die männlichen Arbeiter, soweit sie im Affordlohn beschäftigt sind — und das sind mindestens drei Viertel der gesamten Arbeiterschaft —, haben erreicht, daß einheitlicher Arbeitschluß mit den Arbeiterinnen eingeführt wurde. Die Arbeitsordnung sieht nur noch für Zeitlohnarbeiter Ueberzeitarbeit vor.

Im Jahre 1905 haben die Webfabrikanten in Greiz in 35 Betrieben für 3682 Weber und Weberinnen einen Durchschnittslohn von 13,99 Mk. pro Woche festgestellt.

In Gera wird der Durchschnittslohn etwas höher gewesen sein. Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien führt in allen Ortsgruppen genaue Lohnstatistik; das Resultat ist aber nicht bekannt.

Bei einer Klagesache vor dem Geraer Gewerbegericht — vor Ausbruch des jetzigen Krieges — wurde als Durchschnittslohn pro Weber und Woche 22 Mk. festgestellt.

Der drei Textilarbeiterorganisationen veranlaßt, Schritte zur Aufbesserung der Löhne zu unternehmen. In einer gemeinsamen Sitzung wurde beschlossen, eine Eingabe an die Firma zu richten, deren Ausarbeitung dem Kollegen Walter übertragen wurde. In der Eingabe wurde eine besondere Kriegszulage verlangt und auf die schwere wirtschaftliche Lage hingewiesen, unter der die Arbeiter zu leiden hat. Die Antwort der Firma ging bereits drei Tage später ein. Es hieß darin, daß die Firma nur mit ihren Arbeitern direkt verhandeln wolle. Es wurde gewünscht, eine Kommission zu wählen, mit der die Firma verhandeln wolle. Eine Betriebsversammlung aller drei Betriebe, zu der sich alle bei der Firma Beschäftigten eingefunden hatten, wählte eine aus sechs Arbeiterinnen bestehende Kommission. In einer nach der Versammlung abgehaltenen Besprechung der Kommission mit den Organisationsvertretern wurden folgende Forderungen in ihren Grundzügen aufgestellt: 1. Zahlung einer besonderen Kriegszulage von 10 Proz. 2. Bei Verarbeitung von schlechtem Material soll soviel an Lohn zugelegt werden, daß derselbe Verdienst wie bei besserem Material erzielt wird. — Die Forderung einer besonderen Kriegszulage wurde in der Weise bewilligt, daß den Arbeitern dieselbe Kriegszulage gewährt wird, wie den bei den Mitgliedern des Fabrikantenvereins beschäftigten Arbeitern. (Die Firma Gecht gehört dem Fabrikantenverein nicht an.) Die Forderung zu 2 wurde restlos bewilligt. Der günstige Ausgang der Bewegung liefert erneut den Beweis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter in der Organisation. Es ist daher erforderlich, daß sich die Arbeiter mehr als bisher der Pflicht bewußt seien, sich der Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, anzuschließen. Es muß auch gefügt werden, wenn man ernten will. Es gilt nicht nur das von der Organisation Errungene hinzunehmen, sondern man muß auch Opfer bringen, um das Errungene zu halten. Es könnte noch viel mehr geschaffen werden, wenn nicht noch so viele Arbeiter abseits ständen und die schwere Organisationsarbeit den andern überließen. Darum schließt Euch dem Deutschen Textilarbeiterverband an und arbeitet mit an dem Ausbau der Organisation. Ohne Opfer und Kampf kein Sieg!

### Betriebsgewinne der Textil-Aktiengesellschaften.

Moritz Ribbert A.-G. in Hohenlimburg i. W.

Dem Bericht für das Ende Juni abgelaufene Geschäftsjahr ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft Spinnerei und Weberei im Frühjahr 1915 Eindeckungen in Geweben für das dritte und vierte Vierteljahr vorgenommen hatte, so daß sie in der ersten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres über Gemeinvermögen verfügte, die größere Umsätze als in Friedenszeiten ermöglichten. Später wurde durch die Einfuhr ausländischer Lächer der Betrieb in beschränktem Umfang weiter aufrechterhalten. Im Januar 1916 wurde die Baumwollspinnerei und Weberei Joh. Gottfr. Brügelmann G. m. b. H. in Ratingen-Cromford erworben, die als Tochterunternehmen unter der bisherigen Firma fortgesetzt wird und deren Fabrikate lediglich an die Ribbert A.-G. zur Weiterverarbeitung gelangen, die dadurch in die Lage gesetzt ist, einen Teil ihrer Fabrikate von der Rohbaumwolle aus bis zum Fertigfabrikat selbst herzustellen. Im Hohenlimburger Werke sind zurzeit größere Neubauten und Neueinrichtungen in der Entstehung begriffen. Der Produktionsüberschuß hat sich weiter auf 2 537 280 Mk. (i. B. 1 486 332 Mk.) erhöht. Nach 169 645 Mk. (204 978 Mk.) Abschreibungen und nach 650 000 Mk. Kriegsteuerrücklage wird einschließlich 25 306 Mk. (20 249 Mk.) Vortrag ein Reingewinn von 111 891 Mk. (746 497 Mk.) erübrigt, woraus, wie gemeldet, 15 Proz. (14) Dividende auf je 3 Mill. Aktien verteilt werden. Die Rücklage I erhält wieder 100 000 Mk. (im Vorjahr erhielt die Rücklage II 25 000 Mk., das Erneuerungsfondo 100 000 Mk. und auf Außenstände wurden 20 000 Mk. zurückgestellt). Für den Vortrag bleiben 112 702 Mk.

Die Reingewinnsumme ist offenbar falsch wiedergegeben, denn wenn für 3 Mill. Kapital 15 Proz. Dividende ausgeschüttet werden, so erfordert dies doch schon eine Summe von 450 000 Mk. Dazu kommt dann noch die Rücklage I mit 100 000 Mk. und der Vortrag von 112 702 Mk., so daß der Reingewinn mindestens 662 702 Mk. betragen haben muß. Es liegt da also wohl ein Druckfehler vor.

### Aus der Textilindustrie.

Zur Lage der deutschen Leinenindustrie.

Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“ unterm 2. September 1916:

„Die deutsche Leinenindustrie, sowohl Spinnerei als auch Weberei, erfreute sich in den verfloßenen drei Monaten noch eines befriedigenden Geschäftsganges. Die jetzige Beschäftigung rührt aber hauptsächlich von den vielen Aufträgen her, welche die Heeresverwaltung erteilt hat, für den bürgerlichen Bedarf hat der Verkehr seit einiger Zeit eine starke Abflauung erfahren. Die Beschlagnahme der Rohstoffe hatte dem regulären Geschäftsgang bedeutenden Abbruch getan, denn die Beschaffung von Flach in freiem Verkehr war mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da die Preise einen außergewöhnlich hohen Stand erreichten. Da seit kurzer Zeit auch aller aus dem Ausland eingeführter Flach beschlaggenommen ist, so wird die Erzeugung für den privaten Bedarf demnächst noch weiter eingeschränkt werden müssen. Man vermutet, daß die Höchstpreise demnächst eine Erhöhung erfahren werden, denn ein abschließliches Verspinnen von edlem französischen oder belgisches Flach würde die Garne zu sehr verteuern. Der Anbau der Flachsfaser ist schon mächtig gefördert worden. Die Bestrebungen der Kriegsfachsbauergesellschaft haben schon dahin geführt, daß in diesem Jahre in Deutschland etwa 22 000 Hektar mit Flach besät worden sind. Um auch diese Faserernte in kurzer Zeit bewältigen zu können, sind in Deutschland bisher 30 neue Möstlanfalten gebaut worden, weitere 30 sollen noch errichtet werden. Außer in den okkupierten Gebieten wird noch eine große Menge Flach angebaut, so daß bereits in diesem Jahre der Heeresverwaltung und auch dem Inlandsbedarf große Mengen von eigenem Fasermaterial zur Verfügung gestellt werden kann. Der Stand der Flachfelder ist zufriedenstellend, so daß eine gute Ernte in Aussicht steht. Uebrigens schafft die diesjährige Flachsanbaulage immer erst 15–20 Proz. des deutschen

Spinnereibedarfs; zur Deckung des vollen Bedarfs benötigt die deutsche Leinenindustrie jährlich 450 000 Doppelzentner Flachsfasern. Eine Loslösung vom Auslandsmarkt muß erstrebt werden, denn ob die russische, belgische und französische Flachindustrie nach dem Kriege der deutschen Textilindustrie zur Verfügung stehen wird, erscheint ziemlich zweifelhaft. In der deutschen Leinenindustrie war der Verkehr im letzten Vierteljahr recht lebhaft. Die Garnaufträge, die von den Webereien (welche Heeresaufträge hatten) erteilt wurden, reichen bis zum Spätherbste. Die Verbraucher haben sich für ihre Lieferungen meistens zu den festgesetzten Höchstpreisen in Garnen decken können, der Abbruch ist daher recht gering geblieben. Für den Zivilbedarf wird nur wenig mehr gesponnen, der Handel in Garnen ist durch die erfolgte Beschlagnahme fast gänzlich unterbrochen und Ware von auswärts kommt nicht mehr herein. In den Leinen- und Halbleinenwebereien bestehen, soweit der Absatz in Frage kommt, ähnliche Verhältnisse wie in den Leinenspinnereien. Die Nachfrage nach allen Leinenfabrikaten in den verfloßenen drei Monaten, welche für die Militärverwaltung in Betracht kommen, in der Hauptsache Betttücher, Handtücher, Drelle und Zelttücher usw., war äußerst reg. Der Auftragbestand war in allen diesen Artikeln so stark, daß angespannt gearbeitet werden mußte, um den Lieferungsanforderungen genügen zu können. Im regulären Geschäft haben die noch in Betrieb befindlichen Webereien infolge der weiteren Beschränkungen durch die verschärften Bestimmungen durch die erforderlichen Belegscheine mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es werden Artikel hergestellt, die das vorgeschriebene Gewicht (125 Gramm) pro Quadratmeter nicht überschreiten. Die Nachfrage nach diesen Fabrikaten ist überaus stark, die Warenknappheit wird daher noch zunehmen. Wie sich das Geschäft im Herbst und Winter gestalten wird, läßt sich vorläufig nicht absehen.“

### Fragen des Arbeitsvertrages.

Die Militärverwaltung für Errichtung von Lohnauschüssen.

Folgendes Schreiben des stellvertretenden Generalkommandos des 11. Armeekorps in Kassel zeigt, daß die Militärverwaltung weiter für die Bildung von Lohnauschüssen eintritt, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, in nachhaltiger Weise für ausreichende Löhne zu wirken. Das Schreiben lautet:

Stellv. Generalkommando XI. A.-R.

11b Nr. 177.

Kassel, den 18. August 1916.

An Fürstl. Reichs. Staatsministerium in Greiz.

Durch Schreiben vom 31. 12. 14 IVa Nr. 23 886 hatte das stellv. Generalkommando, um den Arbeitern ausreichende Löhne zu sichern, die Errichtung von Lohnauschüssen angeregt. Bis jetzt hat es nur von zweien Kenntnis erhalten, die durch die zuständigen Herren Regierungspräsidenten in Kassel und Erfurt eingerichtet sind. Beide haben sich nach dem einstimmigen Urteil aller Beteiligten gut bewährt.

In neuerer Zeit laufen hier jedoch aus den übrigen Teilen des Korpsbezirks, wohl durch die ständig steigenden Lebensmittelpreise veranlaßt, Klagen über unzureichende Löhne, teils von einzelnen, teils von den Arbeitern ganzer Betriebe ein.

Da es das stellv. Generalkommando an sich nicht als seine Aufgabe betrachtet, in Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern einzugreifen, es sei denn, daß die genügende und rechtzeitige Fertigstellung der Heereslieferungen in Frage gestellt wird, möchte es nicht selbst solche Ausschüsse einrichten, stellt vielmehr nochmals gleiche Maßnahmen für den dortigen Bereich ergebenst anheim.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen setzen sich die Ausschüsse zweckmäßig wie folgt zusammen:

Vorsitzender nach Möglichkeit der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte, sonst ein Mitglied des Magistrats; Beisitzer wählen die Handelskammer, die Handwerkskammer je einen, die Arbeiterschaft zwei, einer davon als ständiger, der andere wechselnd je nach dem zur Verhandlung stehenden Falle als Vertreter des betreffenden Gewerbes.

Kommt ein Fall zur Verhandlung, der sich auf von der Heeresverwaltung vergebene Arbeiten bezieht, würde ein Vertreter dieser Verwaltung (Offizier oder Beamter) zuzuziehen sein.

Der Beurteilung dieser Ausschüsse würden nicht nur Lohnfragen der Heimarbeiter, sondern aller Arbeiter zu unterbreiten sein. Ihr Wirkungsbereich dürfte daher nicht so groß sein, damit Arbeitgeber und Arbeiter bequem an den Verhandlungen teilnehmen können.

Fhr. v. Zettau, Oberst.

Es empfiehlt sich selbstverständlich, solche Lohnauschüsse zu schaffen und die Löhne zu erhöhen.

### Zur Lebensmittelversorgung.

Landrat Schwartzkopf über die Geldsucht der Agrarier.

Der Eigennuß gewisser Agrarier erfährt eine amtliche Bestätigung durch die Veröffentlichung des Landrats im Kreise Neutomischel (Posen), der im Kreisblatt für Neutomischel vom 1. September also schreibt:

„Ich habe mit Bedauern wahrgenommen, daß unzählige Besitzer des Kreises in ganz überhasteter Weise ihre noch ganz unreifen Kartoffeln ausroden und den Kommissionären zur Verladung an die Bedarfsverbände übergeben. Anlaß zu diesem ganz sinnlosen Verfahren bieten den Besitzern nur die jetzt sehr hohen Kartoffelpreise. Muß diese bedauernde Geldsucht in dem uns aufgedrungenen schweren Kampfe um Sein oder Nichtsein schon auf das schwerste in jeder Weise gebrandmarkt werden, so verüßigen sich jene Gewinnstüchtigen in ganz vaterlandsloser Weise an unserer nationalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und leisten unseren Feinden in ihrem bestialischen Nahrungungsplan Vorstoß. Denn unzählige Millionen Zentner Kartoffeln können mehr gewonnen werden, läßt man die Kartoffeln ausreifen, während bei unreifen Kartoffeln die Verluste doppelt sind. Die Ernte fällt geringer aus und für den Empfänger sind die Kartoffeln kaum oder gar nicht genießbar.“

So sehen die „besten Patrioten“ aus. Wir haben schon lange das Grauen vor ihnen bekommen.

### Zur Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhung in Zeulenroda.

In Zeulenroda wird seit August die Erwerbslosenunterstützung nach folgenden Sätzen gezahlt: pro Woche für eine alleinlebende männliche Person 12 Mk., für eine alleinlebende weibliche Person 10 Mk., für ein Ehepaar 17 Mk.; mit Kindern unter 14 Jahren: für ein Ehepaar mit 1 Kind 20 Mk., mit 2 Kindern 23 Mk., mit 3 Kindern 25 Mk., mit 4 Kindern 27 Mk., mit 5 Kindern 29 Mk., mit 6 Kindern 31 Mk., für eine Kriegerfrau der Textilindustrie (Zuschuß) 12 Mk., für jede Person über 14 Jahre, die bei Angehörigen wohnt, 6 Mk. Arbeitsverdienst wird mit 2/3 in Anrechnung gebracht; vom Arbeitsverdienst bei Kindern werden je 5 Mk. nicht in Anrechnung gebracht und der überschüssende Teil mit 2/3. Anrechnung der Renten mit 50 Proz. Die Unterstützung für Kinder bis 14 Jahre beträgt: für 1 Kind 3 Mk., für 2 Kinder 6 Mk., für 3 Kinder 8 Mk., für 4 Kinder 10 Mk., für 5 Kinder 12 Mk., für 6 Kinder 14 Mk.

Unterstützungssätze in Apolda.

Laut Gemeinderatsbeschuß gelten hier vom 1. Oktober ab als Kriegsfamilienunterstützung für den Monat folgende Sätze: für eine Ehefrau 30 Mk., für eine Frau mit 1 Kind 45 Mk., mit 2 Kindern 60 Mk., mit 3 Kindern 73,50 Mk., mit 4 Kindern 84 Mk., mit 5 Kindern 92,50 Mk., mit 6 Kindern 101 Mk., mit 7 Kindern 109,50 Mk., mit 8 Kindern 118 Mk., mit 9 Kindern 126 Mk., mit 10 Kindern 135,50 Mk.

Der Mietzuschuß beträgt bis zu 180 Mk. Miete wie bisher 8 Mk. und steigt wie folgt: bis zu 240 Mk. Miete 10 Mk., bis zu 300 Mk. 12,50 Mk., bis zu 360 Mk. 15 Mk., bis zu 420 Mk. 17,50 Mk., über 420 Mk. 20 Mk.

Henderung in Netzhau.

Bis zur endgültigen Regelung durch den Unterstützungsverband sollen vom 29. August 1916 ab nur 50 vom Hundert der reichsgesetzlichen Kriegsfamilienunterstützung von der vollen Textilarbeiterunterstützung in Abzug gebracht werden.

Außerdem wird den Kriegerfrauen Mietzuschuß bis zu drei Viertel der Jahresmiete, höchstens jedoch 37,50 Mark vierteljährlich, gewährt.

Die Mehraufwendungen, die durch die Besserstellung der Textilarbeiterkriegerfrauen gegenüber den anderen Textilarbeitern entstehen, sind besonders zu verrechnen und den Mitteln der städtischen Kriegshilfe zu entnehmen.

Die Kasse des Kriegshilfsausschusses wird dadurch wöchentlich um 950 Mk. belastet.

Es erhöht sich die Unterstützung bei einer alleinlebenden Frau von 11 Mk. auf 12,75 Mk., bei einer Frau mit 1 Kind von 14 auf 16,60 Mk., mit 2 Kindern von 17 auf 20,50 Mk., mit 3 Kindern von 19 auf 23,35 Mk., mit 4 Kindern von 21 auf 26,65 Mk., mit 5 Kindern von 23 auf 29,10 Mk., mit 6 Kindern von 25 auf 32 Mk., mit 7 Kindern von 27 auf 34,85 Mk. An dieser Erhöhung nehmen teil 66 alleinlebende Frauen, 115 Frauen mit 1 Kind, 66 Frauen mit je 2 Kindern, 35 Frauen mit je 3 Kindern, 18 Frauen mit je 4 Kindern, 2 Frauen mit je 5 Kindern, 1 Frau mit 7 Kindern und 39 Mütter unehelicher Kinder.

### Für unsere Frauen.

Mütter.

Alle Mythologien und alle Sagen verkörpern in den Müttern den Schmerz. Die Frauen, wenn sie verklärt werden, werden es vor allem um der Tränen willen, die sie geweint, um der Schmerzen willen, die sie erduldet. Nur selten sind die Frauen die Ideale des Kampfes, der siegreichen Kraft, die die neue Welt dem tropenden Gegner und der langsam schreitenden Entwicklung entreißt. Die Kämpferin ist den Völkern die Ausnahme, das Duldende, Leidende, im Schmerz erstarrende Weib ist das Menschheitssymbol. Selten aber hat dieses Symbol eine so fürchterliche Wiedergeburt gefeiert wie nun. Eine im Schmerz erstarrende Schar, das sind die Frauen der Welt. Selbst die, die noch zu jauchzen scheinen, selbst die, die doch über den Schmerz hinweg wollen, weil sie seiner entfeindlichen Härte entfliehen möchten, sie tragen ihn alle tief in der Seele. Eine Frau, die nun nicht leidet, doppelt und dreifach leidet im Schmerz des eigenen Schicksals, im Schmerz ihrer Kinder und im Schmerz all der Millionen Frauen und Kinder, die ist wahrlich eine tönende Schelle und ein klingendes Erz. All die Frauen, die im lebendigen Menschen das wertvollste Gut und das heiligste Ziel des Lebens sehen, mögen ihre Weltanschauungen auch den Weg der Erkenntnis verschieden gezeichnet haben, sie alle erstarren im Schmerz dieser Welt. Man fahre durch das ganze Reich, durch die ganze Welt. Ueberall stehen die Frauen gebeugt unter der Last der täglichen Not, des sorgenden Sehns und Mangels um die Lieben im Felde und doppelt belastet durch das Mitleid mit all denen, die mit leiden. Wir tragen die schwere Zeit nur, weil die Sorge uns zwingt, das zuckende Herz in eisernen Hände zu nehmen und dem Lage und seinen bitteren Notwendigkeiten zu geben, was wir ihm geben müssen.

Jahrtausende haben die Frau geformt, Jahrtausende haben sie einem Ideal dienstbar gemacht; nun verlangt ein neues Jahrtausend neue Kräfte von dieser Frau. Tradition flieht nirgends so stark wie in den Adern der Frauen, Weltfremdheit bei aller Weltfremdsucht ist nirgends so stark wie in ihnen, und täglich kämpfen wir alle, die das Ghetto verlassen haben, gegen die Spuren dieses Ghettos in uns und um uns. Die tiefen Erschütterungen dieses Krieges aber haben die bittere Heilslehre uns allen gepredigt, daß wir nicht dulden den Strom über uns dahingehen lassen dürfen, daß auch unser Wille Wehr und Schild sein muß, um dem Strom ein neues Bett zu graben. Eine erste, leise, eine frühlingsartige Regung keimt in den Seelen der Frauen empor, wenn sie sagen: „Wenn wir reden, handeln, ordnen dürften? Wir, die leiden, wir, die Leben geben, wir, die Arbeit schaffen!“

Sie wissen noch nicht, welcher Wille und welches Ziel ihnen begehrt scheint, aber sie wissen, daß sie nicht mehr nur Mütter sein können, daß sie nicht mehr nur Frauen sein können, daß sie mehr sein müssen, größere Mütter, heldenhaftere Frauen, daß sie kämpfen müssen. Aus allem Schmerz ringt sich der Gedanke in den Massen der gedankenlosen Frauen aller Klassen empor, am stürmendsten in den Herzen der vielen Arbeiterfrauen, die wissen, daß sie nicht

mehr Leben können, wenn sie die Kraft nicht mehr erringen, die der Kampf erfordert.

Man höre doch einmal, wie die Frauen mit Leidenschaftlicher Angst das Geschehen dieses Krieges verfolgen, wie sie, die früher niemals wußten, was Weltpolitik ist und was sie mit der Politik der Welt anfangen sollen, wie sie sich nun mühen, nach den Ursachen dieses Krieges zu forschen! Das Volk hat niemals so nach Erkenntnis hungert wie jetzt, vor allem aber haben die Frauen kaum jemals so tief erkannt, daß sie ein Teil der Welt sind, wie sie es jetzt erkennen müssen.

Selten aber war die Frau so sehr der Schulung, der Stärkung, der Bereinigung bedürftig wie eben jetzt. Eine ganz neue Welt liegt vor ihr. Man bedenke doch, welche Veränderung im Leben von Millionen Frauen vorgegangen ist. Früher nur Hausfrau, unter dem Schutze des Mannes, umhert auf einer kleinen, aber engumschlossenen Welt. Jetzt aber allein, geistig und wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt, hinausgeführt aus der Enge der Familie in das dröhnende Leben hastender Fabriken, einer neuen Welt entgegengeschildert, die so fremd ist und so gegensätzlich der Welt von gestern. Wahrlich, das Heute und das Gestern trennt ein weiter und tiefer Gegensatz, der kaum ohne tiefste Erschütterung getragen werden kann.

Die Frauen können aber auch reden. Sie können gleichsam ihre innere Erschütterung zur geistigen Wiedergeburt führen und ihren Schmerz in neuer Erkenntnis kristallisieren, wenn sie nur eine Tat vollbringen. Die Organisationen des Proletariats stehen ihnen offen. Die Gewerkschaften, wohl ärmer an Mitgliedern, aber doch immer noch organisatorische Gebilde, denen die heutige Gesellschaft nicht allzuviel entgegenzustellen vermag, müssen mehr denn je die Pflichten den Frauen öffnen, und ihre eigene Entwicklung fordert, daß sie alle Wege bahnen, die ihnen die Frauen zuführen können.

Vermischtes. Die Kriegsschuld.

Die Kriegsschuld der kriegführenden Staaten hat, wie Statistiker behaupten, bereits 200 Milliarden Frank überschritten. Was stellt diese kolossale Summe dar? Ein Techniker erklärt es: 200 Milliarden in Gold haben ein Gewicht von 64 516 100 Kilogramm, gleich 64 516,1 Tonnen, gleich 4300 Waggons à 15 Tonnen, gleich einem Umfange von 3320 Kubikmeter. Will man diese ungeheure Last Gold auf eine Eisenbarre legen, so muß diese 2 1/2 Meter Durchmesser haben, wenn sie nicht brechen soll. Würde jene Summe der Bevölkerung zurückgegeben, so kämen auf jeden Erdbewohner 130 Frank oder 104 Mark.

Wie die Milliarden rollen.

In der französischen Kammer hat der Sozialist Mistral interessante Mitteilungen über Kriegsgewinne gemacht. Metallwarenfabrikanten, die 5 Millionen Frank Umsatz hatten, kamen 1915 auf 14 1/2 Millionen Frank. Eine Granatenfabrik mit 11 Millionen Frank Umsatz brachte es in acht Monaten zu 4 Millionen Reingewinn. Die Messingindustrie verzeichnet in Frankreich seit Kriegsbeginn nicht weniger als 100 Millionen Profit. Seeresiteranten haben durch das Steigen der Rohstoffpreise 200 Millionen verdient. Für das selbe Stahl, das sich die deutsche Regierung für 14 Frank pro 100 Kilo verschafft, zahlt Frankreich den heimischen Industriellen 70 Frank! Eine Fabrik arbeitet mit einem Kapital von 8 Millionen. Sie lieferte für 36 Millionen Schrauben und hat einen Mehrwert von 18 Millionen erzielt. Eine Firma aus der Metallindustrie, die die Löhne ihrer Arbeiter um 50 Prozent während des Krieges reduziert hatte, zahlt ihren Aktionären 40 Prozent Dividende, und der Direktor bekommt — 80 000 Frank pro Jahr. — Danach braucht man sich nicht zu wundern, daß auch in Frankreich manche Leute Furcht vor dem Frieden haben.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Militäreffekten- und Rosamentenfabrik George Ludwig Wederode besteht seit dem Jahre 1810. Ihr bisheriger Inhaber, Arthur Jakob, steht seit Kriegsbeginn im Felde und sah sich deshalb veranlaßt, den Betrieb zu verkaufen. In Anerkennung treuer Dienste erhielt jeder dort Beschäftigte einen Geldebetrag in der Höhe von 20 bis 100 Mk., je nach Dauer der Beschäftigung. Zurzeit werden zirka 50 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, darunter welche seit 30 bis 40 Jahren. — Zu bemerken wäre noch, daß alle Differenzen im Lohn- und Arbeitsverhältnis stets in friedlicher Verhandlung mit unserer Organisation zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft geschlichtet wurden. Möge in diesem Sinne die Firma noch weitere 106 Jahre bestehen.

Limbach i. Sa. „Stimmen aus dem Leserkreis“. (Kriegersfamilienunterstützung — Arbeitslosenunterstützung — Arbeitsgelegenheit — Arbeitsunlust.) Unter dieser vielverheißenden Überschrift macht ein bornierter Skribent in der Limbacher Amtsanzeige in Nr. 209 vom Donnerstag, den 7. September 1916, in einem längeren Artikel seinen empörten Herzen in geschäftigen Anwürfen gegen die Kriegsfrauen und gegen die arbeitslosen Textilarbeiter Luft. Die arbeitslosen Textilarbeiter können darin doch nur gemeint sein, wenn sie auch nicht ausdrücklich genannt sind, denn in anderen Berufen gibt es zurzeit hier gar keine oder nur ganz wenige Arbeitslose. Die „hohen“ Kriegsfamilien- und die Arbeitslosenunterstützungen haben es dem Schreiber dieses Herzergusses angetan und es scheint bald, als ob er neidisch darüber wäre, daß er nicht gegenwärtig arbeitsloser Textilarbeiter ist und somit sich nicht in dem Paradies sonnen kann, in welchem jetzt letztere wie auch die Kriegsfrauen mit den hohen Unterstützungen leben. Trotz der großen Summen, die vierzehntäglich für Unterstützungen verausgabt werden, würden seitens der Unterstützten noch immer bewegliche Klagen darüber geführt, daß sie bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht auskommen könnten, daß die Kriegsfrauen aber durch Striden noch etwas hinzubekommen suchten, viele diesen gar nicht ein, erzählt der Schreiber den Lesern des Blattes. Die Frauen verstanden

ihre Unlust zum Striden wie zur Arbeit überhaupt hinter den verschiedensten Vorwänden, wie angegriffene Nerben usw., lamentiert dieser Moralprediger weiter. Ob dieser Held wohl die Arbeit erfinden hat? Er beschimpft die Kriegsfrauen weiter in der unverschämtesten Weise, indem er fortfährt in seinem Geschreibsel: „Das Matschen auf den Straßen und Höfen mit gleichgesinnten Schicksalsgenossinnen, wie auch die Ansammlungen vor den Verkaufsläden und auf dem Rittergutshofe, und das Schimpfen in den unflätigsten Redensarten über die Güte der Kartoffeln usw. ist allerdings kurzweiliger. Den männlichen Arbeitslosen beweist der Artikelschreiber ihre Unlust zur Arbeit daran, daß sie nicht bereitwillig den Landwirten den Safer mit haben hereinbringen helfen, auch ohne daß die Bezahlung der geleisteten Arbeit entspricht, und daß darum nun der Safer draußen verderben müsse und somit das Vaterland durch die „faulen Arbeitslosen“ Schaden erleidet.“ Also merkt es Euch, Ihr faulengenden arbeitslosen Textilarbeiter, Ihr seid schuld daran, wenn das deutsche Volk Not leidet! Auch die Arbeiterorganisationen scheinen dem guten Mann arg im Magen zu liegen und er scheint sie nicht gut verdauen zu können. Wenn die Arbeiter angäben, daß sie bei der Unterernährung die schwere Arbeit nicht verrichten könnten, nun so möge man doch mit dem Zauberwörtchen „Organisation“ eingreifen, meint er, man habe ja angeblich damit schon so viel erreicht! Ja, es ist tatsächlich schon viel erreicht worden durch die Arbeiterorganisationen, das lassen Sie sich nur gesagt sein, Herr Artikelschreiber, und glauben Sie, es ist wirklich so, auch wenn es Ihnen nicht in den Kram paßt! Die Arbeiterschaft verzichtet aber natürlich allen Ernstes auf Ihre „wohlgemeinten“ Ratschläge. Sie weiß am besten, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Sie hat noch nicht vergessen, wie Bauern im vorigen Jahre und auch schon 1914 den um Arbeit in der Ernte anfragenden Arbeitern höhnisch ins Gesicht gesagt haben: „Freßt doch Eure Handschuhleder!“ und andere schöne Redensarten mehr. Die Arbeiter wissen auch noch, daß man ihnen zugemutet hat, sie sollten den Bauern für das bißchen Essen ohne jede anderweite Bezahlung arbeiten, wenn sie arbeiten wollten. Wir fragen den Artikelschreiber in bezug auf die Beschimpfung der Kriegsfrauen wie der übrigen Frauen, ob seine Gnädige — wenn er eine solche hat — schon einmal nötig hatte, sich vor die Verkaufsläden zu stellen und stundenlang zu warten, um nur das Allernotwendigste zum Leben zu erhalten. Jedenfalls nicht. Denn man hat noch nie eine der sogenannten „besseren Damen“ dort gesehen. Man will aber in Arbeiterkreisen genau wissen, daß diese Damen ihren Bedarf ins Haus getragen bekommen und daher nicht nötig haben, sich vor die Verkaufsläden zu stellen. Diese allgemeinen Beschimpfungen der gesamten Arbeiterbevölkerung in dieser traurigen Zeit müssen geradezu als eine Unverschämtheit bezeichnet werden. Wenn hier und da einmal in Arbeiterkreisen jemand sich nicht so betragt, wie das dem Ernst der Zeit entspricht, was vorkommen mag und was übrigens in den Kreisen der „honetten Gesellschaft“ weit mehr vorkommt, so gibt das dem Artikelschreiber noch lange kein Recht, die gesamte Arbeiterschaft zu beschimpfen. Recht bedauerlich aber ist, daß Arbeiter noch monatlich 75 Pf. für eine Zeitung ausgeben, durch die sie in dieser unerhörten Weise beschimpft werden. Merkt Euch das, Arbeiter, und handelt danach!

Sommerfeld. (HfD.) Die Arbeitsnachweisfrage. Nachdem die Arbeitslosenfürsorge zur Einführung gekommen war, hatte der Bürgermeister, Herr Dr. Busch, die zuständige Kommission zusammenberufen, um über die einzelnen Punkte und Ansichten Klarheit zu schaffen. Nach Schluß der Sitzung erklärte der Bürgermeister, daß in nächster Zeit die Arbeitsnachweisfrage besprochen werden solle und da würden die Herren Arbeitgeber, „aber auch Sie“ (zu den Arbeitnehmern, unseren Organisationsvertretern, gemeint), hinzugezogen werden. Es gingen einige Monate ins Land, ohne daß man wieder etwas von der Arbeitsnachweisfrage hörte. Der Kollege Walter hatte in den nachherigen Vorstandssitzungen betont, daß es nun unbedingt Zeit sei, auf den Plan zu treten, um einen paritätischen Arbeitsnachweis zu verlangen. Die anderen Kollegen aber meinten, was der Bürgermeister versprochen habe, werde auch wohl gehalten werden.

Auf einmal steht in den Lokalblättern zu lesen, daß eine Versammlung im Hotel „Goldener Engel“ stattfindet, zwecks Gründung eines Arbeitsnachweises, zu welcher die Vertreter von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft eingeladen seien. J. A. des Ausschusses: Wilhelm Gattel. So, also die Arbeiter sollten der Bekanntmachung nach ausgeschlossen werden. Das Kartell nahm dazu Stellung und beschloß, die Kollegen Wilhelm Schneider (Holzarbeiter) und Paul Walter (Textilarbeiter) sollten in die Versammlung gehen, um die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen. Leider war der Kollege Wilhelm Schneider verhindert. Der Ausschuhvorsitzende, Herr Wilhelm Gattel, teilte nach Eröffnung der Versammlung mit, daß er von dem vom Magistrat eingesetzten Ausschuh beauftragt worden wäre, Informationen über die in der Umgegend, wie Rottbus, Forst i. L. und Guben, bestehenden Arbeitsnachweise einzuholen. Dabei habe er nun gefunden, daß der Forster Arbeitsnachweis ein der Neuzeit eingerichteter und gut funktionierender Nachweis sei. (Allerdings weil derselbe ein reiner Arbeitgebernachweis sei. D. W.) Herr Gattel sang diesem das schönste Loblied. Nach dieser Einleitung des Herrn Gattel meldete sich Kollege Walter zum Wort. Er verlangte, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis gegründet werde, in welchem auch die Arbeitnehmer vertreten seien. Ein Arbeitsnachweis, wie er von dem Fabrikantenverein geplant sei, ermöglicht es, die Arbeiter in ein noch größeres Ausgangeitungsverhältnis zu bringen und Arbeiter, die sich mal bei einer beliebigen Angelegenheit mißliebiger gemacht hätten, auf längere Zeit überhaupt nicht einzustellen; er appellierte an das Gerechtigkeitsgefühl der Arbeitgeber und bat, die Arbeiter zu dem geplanten Arbeitsnachweis mit hinzuzuziehen. Dieser Appell war allerdings vergebens. Der Kommerzienrat Lange erwiderte, es sei überhaupt noch nicht vorgekommen, daß Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit nicht eingestellt worden wären. Demgegenüber erklärte Kollege Walter, daß er für das Gegenteil mit einer Anzahl Beweise aufwarten könne, worauf die Herren Arbeitgeber schwiegen. Der Bürgermeister, Herr Dr. Busch, erklärte, daß durch die Bildung eines paritätischen Arbeitsnachweises der Stadt zu große Kosten entstehen würden und daher die Stadt einen paritätischen Arbeitsnachweis nicht einrichten könne. Betreffs der Kosten war aber schon eine Einigkeit zwischen Bürgermeister, Ausschuh und Fabrikantenverein erzielt worden. Wenn einige Arbeitgeber und auch der Bürgermeister erklärten, daß die Kostenfrage dem engeren Vorstand überlassen bleiben könne. Es war den Herren gewiß recht unangenehm, daß ein Abgesandter der Arbeitnehmer so plötzlich hineingeschnitten kam und an den Beratungen teilnehmen wollte. Diese ganze Aufmachung des geplanten Arbeitsnachweises zeigt wieder einmal, was die Arbeiter nach dem Kriege zu gewärtigen haben. Hier soll also über die Köpfe der Textilarbeiter hinweg eine Institution geschaffen werden, in welcher doch zum mindesten die Arbeiter gleichberechtigt vertreten sein müßten. — Am Dienstag, den 5. September, fand dann eine Stadtverordnetenitzung statt. Der Punkt „Arbeitsnachweis“ war auf der Tagesordnung nicht mit bemerkt. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde derselbe aber als sehr dringlich bezeichnet, weshalb er verhandelt werden mußte. Der Beigeordnete Kommerzienrat Lange, Tuchfabrikant, drang mit aller Eile darauf, die Satzungen für den Arbeitsnachweis anzunehmen. Die Satzungen waren dem Forster Arbeitsnachweis entnommen. Sie entsprechen unseren Forderungen nicht im geringsten. Begründend wurde hervorgehoben, daß die Stadt einen paritätischen Arbeitsnachweis der hohen Kosten wegen nicht einrichten könne. In den vorgelegten Satzungen aber wurde in Ziffer 9

angeführt: „Zu den Unterhaltungskosten wird eine Gebühr von 30 Pf. für jeden eingestellten Arbeiter bzw. Arbeiterin, gleichviel ob durch die Nachweisstelle vermittelt oder nicht, eingezogen. Haushaltungen und auswärtige Arbeitgeber haben dagegen 50 Pf. zu zahlen.“ Punktum. Also die Kostenfrage soll die Hauptrolle spielen, daß Sommerfeld keinen paritätischen Arbeitsnachweis erhält und doch soll pervertierten Arbeiter oder vermittelte Arbeiterin ein Betrag gezahlt werden, von dem der angestellte Beamte vielleicht ganz gut unterhalten werden könnte. In der oben erwähnten Stadtverordnetenitzung beantragte aber ein Stadtverordneter noch rechtzeitig, daß erst die Handwerker einmal zu der Arbeitsnachweisfrage gehört würden und hat, die Satzungen abzulehnen, was auch mit großer Mehrheit geschah. Der Plan zum Arbeitgebernachweis war also vorläufig ins Wasser gefallen, wird aber sicher wieder auftauchen.

Mit der Arbeitsnachweisfrage hatte sich nun eine zum Sonnabend, den 2. September, nach dem Kurfürstensaal einberufene Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes und eine zum Sonnabend, den 9. September, von allen drei Textilarbeiterverbänden einberufene gemeinsame Versammlung zu beschäftigen. Diese Versammlungen protestierten entschieden gegen die Einseitigkeit des geplanten Arbeitgebernachweises und beschloffen, die schon bekannten Richtlinien zu einem paritätischen Arbeitsnachweis nebst einem Handschreiben an den Magistrat und die Stadtverordnetenitzung einzureichen.

Man wird nun das weitere abwarten müssen. Inzwischen werden die Arbeiter gut tun, sich durch Stärkung ihrer Organisation schon jetzt für harte Kämpfe nach dem Kriege zu rüsten, denn alles spricht dafür, daß ihnen solche nicht erspart bleiben werden, mag der Krieg selbst ausgehen wie er wolle.

Aus der Seilerbewegung.

Hamburg. Auf Vortelligwerden unserer Geschäftsleitung mit einer Kommission der Arbeiterschaft hat die Seilerfirma Fischer u. Co. ihren Arbeiter folgende Feuerungszulage bzw. Kriegszulage gewährt: 1. den Seilergehilfen 4 Mk. pro Woche auf alle Arbeiter (bisher nur für Privatarbeiter, und nicht für Militärarbeiten, 2 Mk. pro Woche); 2. den Arbeiterinnen statt 1,50 Mk. 3,50 Mk. pro Woche; 3. den Hilfsarbeitern statt 1 Mk. 2 Mk. pro Woche. — Den Zweiflern oder besser gesagt: den Ueberflügen, die immer glauben sagen zu müssen: der Verband hat keinen Wert, seien obige Tatsachen zu Gemüte geführt und sie wollen sich auf Herz und Verstand prüfen, damit auch sie endlich noch den richtigen Weg finden!

Literatur.

Der „Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz“ ist soeben in neu durchgegebener Auflage herausgegeben. Er kostet 40 Pf. und ist in jeder Parteibuchhandlung zu kaufen oder direkt vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts (Paul Singer & Co. m. b. H.), Berlin SW. 68, zu beziehen.

Jahrbuch 1915 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Berlin 1916. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Aus dem Inhaltsverzeichnis seien angeführt: Kriegswirkungen in der Holzindustrie. Die weiteren Kriegsmassnahmen des Vorstandes. Die Arbeits- und Tarifgemeinschaft im Holzgewerbe. Lohnbewegung. Tarifverträge. Arbeitsvermittlung. Fürsorge für die Kriegsinvaliden. Arbeitslosenstatistik. Unfallstatistik usw. 352 Seiten Großoktav. Preis: Broschiert 2,00 Mk., gebunden 2,50 Mk.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen. Vorstand.

Sonntag, den 24. September, ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 6. F. Hofsta, Gauleiter, Cannstatt, Dennerstr. 100. Gau 8. M o s c h w i k, K. Richard Vogel, Untergröschl 5. Greiz, Nr. 21. Gau 10. G e h e r, Alles an Frau Liddy Pfüller, Thumerstraße 201. Gau 10. R e i c h e n b r a n d, V: Friß Lehner, Rabenstein i. Sa., Limbacher Str. 30. Briefe an diesen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Braunschweig. Johann Marabli, Arbeiter, 56 J., Lungentrancheit. Lambrecht. Karl Kimmel, 72 J., Lungenleiden. Gottlieb Krzof, Arbeiter, 54 J., Gehirnhautentzündung. Plauen i. B. Willy Schubert, Förber, 21 J., Lungenleiden. Reichenbach i. B. Richard Kessler, Spinnereiarbeiter, 46 J., Blutvergiftung. Werbau. Otto Seyfarth, Expedient, 40 J., Lungenleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Wahrenth. Anton, Gandel, Spinner, 28 J. Berlin. Max Lamprecht, Weberreiarbeiter, 21 J. Eisenberg (S.-A.) (Berichtigung.) In Nr. 36 muß es statt Lohmann Lehmann heißen. Frankenberg. Artur Müller, Weber, 30 J. Glauchau. Paul Otto, 24 J. Großenhain. Richard Paul, Förber, 23 J. Harta. Otto Julius Oswald, Kirchner-Gunewald. Ernst Adler, Weigsdorf, 29 J. Mag Dufelt, Kirschau, 27 J.

Rottbus. Franz Raschid, Weber, 33 J. Paul Richter, Arbeiter, 24 J. Köln a. Rh. Walter Adams, Landeshut. Albert Brüdner, Weber, 45 J. Limbach i. Sa. Edmund Wezel, Mundstuhlwirker, 33 J. Max Engelbrecht, Fleißig, Handschuhzusneider, 30 J. Richard Gwald Göppert, Limbach bzw. Langendursdorf, Schleifer, 24 J. Otto Bretschneider, Langenberg, Strumpfwirker, 28 J. Lugau. Max Thiel, Wirker, Gersdorf, 30 J. Otto Fieder, Wirker, Gersdorf, 28 J. Friß Arnold, Wirker, 20 J. Johannes Arnold, Wirker, 20 J. Plauen i. B. Friedrich Wilhelm Gottke, Bleicher, 34 J. Christian Schmidt, Spitzenweber, 42 J. Reichenbach i. B. Walter Wöhlmann aus Kahmer, 23 J. Franz Barth, Friesen, 26 J. Reinhard Baumann, 21 J. Wolfenbüttel. Karl Rytka, 25 J. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Zahlstellen und Zahltermine. Berlin. (Norden.) Brunnenstr. 79 bei R. Döbling. — (Neukölln.) Bietenstr. 69 bei Kramer. — (Charlottenburg.) Volkshaus (Restaurant), Postenstr. 3. Jeden Freitag: Berlin. (Geschäftsstelle.) Abends 5—9 Uhr, Andreasstr. 17. Telefon: Königstadt 1873. Rowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Siemke, Wallstr. 55.

Jeden Sonnabend: Berlin. (Deleatüre u. Preffer.) Abends 7—8 Uhr bei Nafte, Neue Jakobstr., Ede Inselstr. — (Postamtstr.) Abends 6 bis 8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26. — (Hand- und Schiffchensticker.) Abends 8 1/2—10 Uhr, bei Voh, Weberstr. 6.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 23. September.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \* versehenen Artikel Hermann Krübig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.